



An den Vorsitzenden  
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Bernd Petelkau

Frau  
Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50  
fax 0221. 221 246 57  
mail fraktion@koelnspd.de  
web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 22.03.2017

**AN/0499/2017**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	27.03.2017

**Optimierung und Neustrukturierung der städtischen Wirtschaftsförderung**

Sehr geehrter Herr Petelkau,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

wir bitten Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am 27.03.2017 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 20.12.2017 gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen, eine vergleichende Analyse zu Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten Deutschlands mit externer Unterstützung durchzuführen und den Ratsgremien bis zum Ende des 1. Quartals die Ergebnisse vorzulegen.

Anstatt die bereits umfangreich vorliegenden Erkenntnisse des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Deutschen Städtetags zu nutzen und auf die Expertise der Wirtschaftsakteure und des städtischen Personal- und Organisationsamts zurück zu greifen, wurde eine zeit- und kostenintensive externe Untersuchung beauftragt.

Der Presseberichterstattung der letzten Wochen war bereits zu entnehmen, dass sich die externe Untersuchung und eine entsprechende Vorlage an die Ratsgremien – wie bereits im Vorfeld zu erwarten war – verzögern werde. Gleichzeitig kündigte die Oberbürgermeisterin im Rahmen einer Veranstaltung der Rotarier am 07.02.2017 an, die Wirtschaftsförderung bis zur Klärung der Angelegenheit in ihrem Dezernat anzusiedeln. Eine Information der entsprechenden Gremien erfolgte bis heute nicht.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Entscheidung der Oberbürgermeisterin ausdrücklich, da die Ansiedlung der Wirtschaftsförderung in ihrem Dezernat der besonderen Bedeutung der städtischen Wirtschaftsförderung Rechnung trägt. Allerdings gilt es auch, die Wirtschaftsförderung zeitnah bestmöglich aufzustellen, um die Herausforderungen unserer wachsenden Stadt meistern zu können und Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. Dabei ist es wichtig, die städtischen Kolleginnen und Kollegen bei dem anstehenden Optimierungsprozess intensiv einzubinden und Transparenz im Verfahren zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Sachstand bezüglich der vergleichenden Analyse mit Hilfe externer Unterstützung dar?
  - a) Wurde der Auftrag bereits ausgeschrieben und vergeben?
  - b) Falls ja, welches Unternehmen hat den Zuschlag, aufgrund welcher Expertise, wann erhalten?
  - c) Wann ist mit der Vorlage der Ergebnisse in den politischen Gremien zu rechnen?
  - d) Inwieweit ist die Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft ebenfalls Gegenstand der Analyse?
2. Inwieweit werden die Akteure der Kölner Wirtschaft als Kunden der Wirtschaftsförderung in die Prozesse eingebunden?
  - a) Wie schafft die Verwaltung die Möglichkeit für die Kölner Wirtschaftsakteure, sich aktiv in den Optimierungsprozess einzubringen?
  - b) Welche Akteure werden im Einzelnen an dem Prozess beteiligt?
  - c) Wie wird die stetige Kommunikation über den Verfahrensstand mit den Kölner Unternehmen sichergestellt?
3. Wie stellt sich die Situation für die dezernatsangehörigen Ämter des Wirtschaftsdezernates in der Übergangszeit dar?
  - a) Ab wann wird die Wirtschaftsförderung im Dezernat der Oberbürgermeisterin angesiedelt werden?
  - b) Wann und in welcher Form wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung sowie des Dezernates über diese Entscheidung informiert?
  - c) Wie ist die Vertretung nach dem Ausscheiden von Wirtschaftsdezernentin Ute Berg mit Blick auf die Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft sowie das städtische Liegenschaftsamt geregelt?

Wir bitten die Verwaltung darum, die Beantwortung der Fragen ebenfalls dem Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin